



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Grubenstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0160 99 50 41 61

Netz: www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de Mail: gleitzek@gmx.de

Pressemitteilung

Landesarmutskonferenz kritisiert geplante Kürzungen bei Langzeitarbeitslosen

07.07.2022, Hannover

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen kritisiert die von Finanzminister Lindner (FDP) geplanten Kürzungen bei der Förderung von Langzeitarbeitslosen.

Klaus-Dieter Gleitze, LAK-Geschäftsführer, verurteilt diesen sozialpolitischen Tiefschlag gegen die Schwächsten unserer Gesellschaft scharf:

„Bleibt es bei der Kürzung, steht der soziale Arbeitsmarkt, die Förderung nach Paragraph 16i des Zweiten Sozialgesetzbuchs, vor dem Aus. Langzeitarbeitslose haben in der Regel selbst unter günstigen wirtschaftlichen Bedingungen kaum eine Chance der Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Wir haben seit langem einen hohen, unveränderten Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit.

Wenn die Koalition dieses Vorhaben von Lindner absegnet, wird zehntausenden Menschen die letzte Möglichkeit an sozialer Teilhabe genommen. Arbeit ist ja nicht nur Entlohnung und Existenzsicherung, Arbeit ist in unserer Gesellschaft auch zentrales Anerkennungs- und Integrationsmoment. Teilhabe funktioniert am besten über Arbeit.

Diese geplante rücksichtslose Kürzung auf dem Altar einer volkswirtschaftlich sowieso unsinnigen Schuldenbremse zeigt, dass Teilen unserer Gesellschaft das Schicksal der Schwachen egal ist und was ihnen noch bevorsteht: Massive Kürzungen im Sozialbereich. Mit Lindners Vorschlag wird die Gesellschaft noch mehr gespalten und das in einer Krisen-Situation, in der Armut und Ausgrenzung auf Rekordniveau sind.

Wir fordern SPD und Grüne in der Koalition auf, dieses unsoziale Vorhaben sofort zu stoppen.

Die LAK fordert seit langem die Installation eines öffentlichen Beschäftigungssektors für Langzeitarbeitslose mit tariflicher Bezahlung. Gesellschaftlich notwendige Arbeit gibt es genug, sie muss entsprechend bezahlt und gewürdigt werden. Langzeitarbeitslose noch mehr auszugrenzen ist der völlig falsche Weg.

Die LAK fordert:

- Einen öffentlichen Beschäftigungssektor für Langzeitarbeitslose mit tariflicher Bezahlung.
- Mindestlohnanhebung auf 14 Euro pro Stunde
- Regulierung der prekären Arbeitsverhältnisse
- Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze und Grundsicherung auf 600 Euro im Monat

Info:

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Klaus-Dieter Gleitze - LAK-Geschäftsführer

Kontakt: 0160 99 50 41 61